



## UNGARNS MINISTERPRÄSIDENT WEITER KÄMPFERISCH

# Viktor Orbán: „Kein Platz für Multikulti“

Von CHEVROLET | Wieder eine Erklärung von Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, die die Merkels und Junckers in Europa so gar nicht erfreuen will: „Auch wenn es unseren Gegnern nicht gefällt, in der ungarischen Verfassung steht, dass Ungarn christliche Wurzeln hat, da ist kein Platz für Multikulturalismus, dass ein Kind ein Recht auf Vater und Mutter hat, und dass unsere Nation das Recht hat seine Grenzen selbst zu verteidigen, Grenzen, die auch die Grenzen der EU sind“, erklärte der Ministerpräsident in einem kürzlich veröffentlichten Interview, [meldet sein Büro](#).

Ungarn habe eine große Tradition darin, sich Einschränkungen seiner Souveränität zu widersetzen. Das begann beim Heiligen Römischen Reich, es folgten die heranrückenden Mongolen, später widersetze man sich dem Osmanischen Reich und schließlich der Sowjetunion.

Auch wenn Berlin und Brüssel nicht müde werden Orbán als Spalter der EU zu verunglimpfen, gibt er sich dennoch als Befürworter der EU: „Wenn es doch zu einer Teilung Europas kommt, wird die Trennung zwischen jenen verlaufen, die islamisiert werden, und jenen die sich dem widersetzen.“ Wer

Ungarn zwingt, den UN-Migrationspakt zu akzeptieren, oder Entscheidung der Brüsseler Kommission und die übertriebene Toleranzpolitik der EU, riskiere den Zerfall der Union, so Orbán.

Unterdessen zeigt sich der ungarische Staatschef unbeeindruckt von den Drohungen, unter anderem aus Berlin, seine konservative Fidesz-Partei aus der Fraktion der EVP im Europaparlament auszuschließen. „Ich kann mir vorstellen, dass diese ganze Diskussion damit endet, dass unser Platz nicht mehr in der EVP ist. [...] Ich würde es aber begrüßen, wenn die EVP so reformiert wird, dass auch migrations-skeptische Kräfte hier einen Platz finden, aber wenn das nicht gelingt, werden wir eben etwas Neues beginnen müssen, und da müsste man wohl an einer Kooperation mit der polnischen Regierungspartei PiS denken“, [so Orbán](#).

Polens Regierung, die von der PiS-Partei getragen wird, wird auch von der EU-Administration immer wieder stark angegangen, weil in Polen wie in Ungarn angeblich die Demokratie in Gefahr sei.